

Sprachaustausch für Schüler: Die Krux liegt in der Umsetzung

Heute entscheidet der Nationalrat über die Förderung des Sprachausstausches zwischen den Regionen. Ohne Gratisarbeit der Lehrer lässt sich die Vision allerdings kaum verwirklichen.

Tages-Anzeiger, 24.11.2014

Anja Burri
Bern

Im Streit um den Fremdsprachenunterricht wird er als Wundermittel gepriesen: der Sprachaufenthalt. Die Nidwaldner Regierung, die das Frühfranzösisch abschaffen will, möchte zum Ausgleich alle Kinder für einen Austausch in die Westschweiz schicken. Auch die Bildungskommission des Nationalrats (WBK) will den nationalen Zusammenhalt via Sprachaufenthalt fördern. Heute entscheidet der Nationalrat über ein entsprechendes Postulat. Der Bundesrat soll damit beauftragt werden, ein Konzept für einen «systematischen» Sprachaufenthalt an der Volksschule auszuarbeiten.

Doch wie realistisch sind diese Ideen? Wer soll die Austauschwochen bezahlen und organisieren? Neben der Tatsache, dass es viel mehr Deutschschweizer Schulkinder gibt als solche in der Westschweiz und dem Tessin, gibt es weitere Hürden. «Der Aufwand darf nicht unterschätzt werden», sagt eine Frau, die es wissen muss: Silvia Mitteregger leitet den Bereich Austausch bei der Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit. Die Stiftung bietet im Auftrag des Bundes und der Kantone Austauschprogramme für alle Stufen an. Bis jetzt fehle der Schweiz die fundierte Erfahrung mit flächendeckenden Austauschprojekten, sagt Mitteregger. Ein Blick auf die Zahlen zeigt: Im Schuljahr 2012/13 ging ein Bruchteil der Schweizer Schüler zum Austausch in eine andere Sprachregion. Auf Primarstufe waren es 0,6 Prozent, auf Sekundarstufe I rund 3 Prozent, und bei den Schülern auf Sekundarstufe II und der pädagogischen Hochschulen waren es 0,3 Prozent.

Hochdeutsch am Familientisch

«Austauschprojekte kann man nicht verschreiben», sagt Mitteregger. Damit ein Projekt gelinge, müsse es von allen Beteiligten und vor allem von einer überzeugten Lehrkraft getragen werden. Diese müsse an vieles denken, Schüler und Gastfamilien vorbereiten. «Sie muss zum Beispiel die Gastfamilien darauf aufmerksam machen, dass sie am Esstisch Hochdeutsch statt Schweizerdeutsch sprechen», sagt Mitteregger. Neben Geld brauche es vor allem ein gutes Konzept, Zeit und Anerkennung für die Lehrkräfte.

Zu den rund 600 Klassenlehrkräften, die im Schuljahr 2012/13 aus eigenem Antrieb einen Austausch organisierten, gehört die Tessiner Französischlehrerin Isabella Marino. «Meine 13-jährigen



Mit Sprachaufenthalten soll die Mehrsprachigkeit gefördert werden. Foto: Peter Schneider (Keystone)

Schüler merken, dass die Kinder in der Romandie zwar eine andere Sprache sprechen, aber eigentlich die gleichen Sorgen und Freuden haben wie sie», sagt sie. Auf solchen Erkenntnissen baue der Zusammenhalt der Schweiz auf. Gehe es um den Austausch, schrieben ihre Schüler sogar gern Briefe auf Französisch. Der Aufwand sei gross, sagt Marino. Sie müsse Gastfamilien suchen oder unzählige Listen schreiben - zum Beispiel über die Allergien der Kinder. Marino ist derart begeistert vom Sprachaufenthalt, dass sie die Arbeit in ihrer Freizeit erledigt. «Es ist ein Geschenk an meine Schüler», sagt sie.

Schätzungen, wie viel ein flächendeckender Sprachaufenthalt kosten würde, gibt es nicht. Auch deshalb nicht, weil heute viel Arbeit freiwillig erledigt wird. Beat Zemp, Präsident des Dachverbands der Schweizer Lehrer, bringt den Bund ins Spiel: Der Bund könnte auf der Grundlage des Sprachengesetzes solche Austauschprojekte finanzieren - analog zum Programm «Jugend und Sport», sagt er. Es lasse sich aber auch vieles direkt zwischen Partnerschulen organi-

sieren, die sich gegenseitig Gastfamilien vermitteln könnten.

Zurzeit haben vor allem jene Kantone grosses Interesse am Sprachaufenthalt, die aus dem Sprachenkompromiss der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) ausscheren und in der Primarschule nur noch Englisch als Fremdsprache unterrichten wollen. Ein Beispiel ist der Thurgau, dessen Parlament beschlossen hat, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben. Der Kanton arbeitet derzeit an der Umsetzung des Entscheids. Man diskutiere auch die Idee eines flächendeckenden Sprachaufenthalt, sagt Paul Roth, Generalsekretär des Erziehungsdepartements. Um die Verbindlichkeit zu erhöhen, gäbe es die Möglichkeit, den Austausch im Lehrplan zu verankern. Damit müssten aber der Kanton und die Gemeinden entsprechende Zusatzkosten in Kauf nehmen.

Wenig begeistert vom flächendeckenden Sprachaufenthalt ist die jurassische Bildungsdirektorin Elisabeth Baume-Schneider (SP). Das sei sehr aufwendig und überdies kein Ersatz für den Unter-

richt in der Primarschule, sagte sie am Freitag an einem Podium des Schweizerischen Austauschkongresses in Delsberg.

«Symbolpolitik ohne Wirkung»

Der Nationalrat dürfte solche Bedenken schwächer gewichten und Ja sagen zum Vorstoss der WBK. Sobald es aber um die konkrete Umsetzung respektive die Finanzierung geht, wird sich wohl auch das Parlament zurückhaltend geben. Dies zeigt eine Umfrage unter Bürgerlichen, die den Sprachaufenthalt im Grundsatz gut finden. Sie sei gegen ein Obligatorium, sagt etwa die Thurgauer SVP-Nationalrätin Verena Herzog. Für CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneider (BL) ist klar: Die Kosten müssten die Kantone übernehmen. SVP-Nationalrat Peter Keller erinnert an Aussagen von Sprachwissenschaftlern: Um erkennbare Fortschritte zu erzielen, müsse ein Kind mindestens vier Wochen in den Sprachaufenthalt. Es stelle sich deshalb die Frage, «ob wir bei diesen Austauschideen nicht nur Symbolpolitik ohne grosse Wirkung betreiben».